



Wie bringt man Leben ins Dorf?

In Hülen hat der Bäcker zugemacht, für das Gasthaus sieht es auch schlecht aus. Doch das Dorf auf der Ostalb soll kein Schlafdorf werden. Deshalb entwickeln die Bewohner momentan ein Zukunftskonzept

■ Von Hanna Spanhel

Lauchheim. Markus Mayer liest den Strukturwandel in Hülen an den Mähdreschern ab. Vor acht Jahren, sagt er, habe es noch acht Drescher gegeben. Heute steht kein einziger mehr hier. »Das Dorf hat sich verändert.« Der 34-Jährige – groß gewachsen, breites Schwäbisch, graue Arbeitshose – hat immer in Hülen gewohnt. Er zeigt auf das Gebäude hinter dem Kuhstall, sein Elternhaus. Links die Scheune mit dem riesigen Mais-Säer. Davor der Neubau, in dem er mit seiner Frau und den drei Kindern wohnt. Vor vier Jahren stieg er auf dem Hof ein, er ist einer von zwei hauptberuflichen Landwirten im Dorf. Hülen auf dem Härtsfeld. Früher hieß es: »Da, wo's immer einen Kittel kälter ist.« Zu den Kindern im Tal sagte man: »Bisch ned artig, kommsch auf's Härtsfeld.« Vielleicht, weil die Leute im nordöstlichsten Zipfel der Schwäbischen Alb ein bisschen rauer waren als woanders – oder die Landschaft karger.

Heute wohnen hier knapp 600 Menschen, zwölf Kilometer östlich von Aalen. Es gibt einen Holzbaubetrieb, eine Steinmetzwerkstatt, einen

Kindergarten, ein Feuerwehrhaus, eine Kirche, einen Bolzplatz, eine Reithalle, zwei alte Gaststätten. Und das 300 Jahre alte Schloss Kapfenburg.

Was es in Hülen nicht mehr gibt: den Bäcker, bei dem man auch Butter und Wurst und Nudeln kaufen konnte. Den Kinderchor. Die Flötengruppe – groß gewachsen, breites Schwäbisch, graue Arbeitshose – hat immer in Hülen gewohnt. Er zeigt auf das Gebäude hinter dem Kuhstall, sein Elternhaus. Links die Scheune mit dem riesigen Mais-Säer. Davor der Neubau, in dem er mit seiner Frau und den drei Kindern wohnt. Vor vier Jahren stieg er auf dem Hof ein, er ist einer von zwei hauptberuflichen Landwirten im Dorf. Hülen auf dem Härtsfeld. Früher hieß es: »Da, wo's immer einen Kittel kälter ist.« Zu den Kindern im Tal sagte man: »Bisch ned artig, kommsch auf's Härtsfeld.« Vielleicht, weil die Leute im nordöstlichsten Zipfel der Schwäbischen Alb ein bisschen rauer waren als woanders – oder die Landschaft karger.



Einer von zwei Landwirten im Ort: Markus Mayer

Es fehle vor allem an Gemeinschaft, sagt Mayer. »Es gibt Grüppchen, die gut funktionieren, aber die gucken nicht aufs Ganze.« Als er früher Zeitungen austrug, kannte er so gut wie jeden. Wenn mal

Zucker fehlte, ging man halt zum Nachbarn. Hülen ist eigentlich ein Straßendorf. Aber 1990 wurde das zweite Neubaugebiet erschlossen – und der Anschluss ging verloren. Heute, sagt Mayer, denke kaum jemand daran, wie das mal werden soll im Alter. Und schon gar nicht seien die Leute bereit, sich für das Dorf zu engagieren. »Als der Bäcker noch aufhatte, haben sich die Leute beschwert, dass die Butter 40 Cent mehr kostet als in der Stadt.« Als er zumachte, beschwerten sie sich ebenfalls.

Es ist nicht so, dass Hülen vom Aussterben bedroht wäre. Der Quadratmeter Baugrund kostet hier 95 Euro, in Aalen sind es über 200 – dazwischen liegen 15 Minuten Fahrt. Das zieht Leute an, sagt Andreas Walter, Landschaftsarchitekt und Ortsvorsteher. Seit 1990 hat sich die Einwohnerzahl verdoppelt. Etwa zehn Prozent sind Kinder. Nur würden viele Leute inzwischen nur noch hier wohnen, sagt Walter, nicht mehr hier leben. Vor allem die, die neu herkommen. »Wenn wir nichts machen, sind wir in ein paar Jahren ein reines Schlafdorf.«

Um das zu verhindern, hat Walter den Ort für ein Förderprogramm gemeldet: »Leben

in zukunftsfähigen Dörfern«. Fünf Orte wurden in das Modellprojekt aufgenommen, Hülen ist der einzige aus Baden-Württemberg. Sie sollen ein soziales, nachhaltiges Dorfkonzept entwickeln – und gute Ideen umsetzen. Gefördert wird das Pilotprojekt vom Umweltbundesamt.

Aber kann es funktionieren, die Zukunft eines Dorfes am Reißbrett zu planen? An einem Abend im Februar sitzen 30 Leute in der ehemaligen Schule, um über die Dorfentwicklung zu sprechen. Seit einem Jahr findet alle paar Wochen so ein Workshop statt. Eine junge Frau vom Ökodorf Tempelhof ist gekommen, um das Projekt zu begleiten und zu moderieren. Hülen soll von der solidarischen Gemeinschaft Schloss Tempelhof lernen, das ist die Idee. Vielleicht auch andersrum.

An einer Stellwand hängen Zettel mit Ideen. Willkommensbroschüre für Neubürger, Gemeinschaftshaus, Laden, Mitfahrbänke, Grünschnittsammelplatz, Vortragsabend, Repair-Café. Bis September will man Förderanträge stellen. Einige im Saal gucken zufrieden, sie hoffen auf Gelder vom Land und darauf, dass wirklich was in Gang kommt.

»Wenn wir Räume hätten, ein Gemeinschaftshaus, dann könnten wir alle anderen Projekte auch leichter umsetzen«, sagt eine Frau. »Das Problem ist«, flüstert ein älterer Herr, »dass alle diese Sachen wollen,



Ortsvorsteher Walter ist in Hülen aufgewachsen.

aber keiner das wirklich in die Hand nimmt.« Viele fragen sich, ob das Interesse auch längerfristig hält.

Ortsvorsteher Walter erwartet gar nicht, dass in wenigen Monaten aus einem traditionellen, konservativen ein Ökodorf wird. Aber man könne sich einiges abgucken. »Viele Dörfer haben strukturelle Probleme. Aber es gibt ein paar, die haben enormen Ansturm, und das sind die Ökodörfer.« In der Kommune Tempelhof bei Schwäbisch Hall, die vor acht Jahren gegründet wurde und inzwischen

120 Bewohner hat, hält sich ein eigener Dorfladen. Es gibt eine Schule, einen Kindergarten, eine Käserei, eine Bäckerei, eine Schreinerei, eine Schneiderei, ein Grafikbüro. Alles nachhaltig, über alles wurde gemeinschaftlich entschieden. »Das Bewusstsein für die Mitverantwortung ist dort ein anderes als in einem traditionellen Dorf wie unserem Hülen«, sagt Walter.

Aber wollen die Leute überhaupt ein aktives Gemeinschaftsleben? In der Alten Post in Hülen ist jeden Montag Stammtisch. An diesem Abend sitzen sie zu siebt da. Bei Fragen nach der Dorfgemeinschaft winken sie ab. »Die jetzt nach mehr Gemeinschaft schreien, saßen noch nie mit am Stammtisch«, sagt einer. Heute gehe keiner mehr im Dorf aus. Ein Entwicklungsprojekt bringe da nichts, darüber sind sich fast alle am Tisch einig. Workshops mit buntenzetteln, da schütteln sie den Kopf. »Wenn's ans Schaffen geht, schreit dann keiner mehr.« Nur das Fest, das der neu gegründete Dorfverein im vergangenen Jahr veranstaltet hat, das fanden sie nett. Halbwegs versöhnlich sagt einer der älteren Herren: »Sie bemühen sich ja.«

Söder geht auf Nummer sicher – Bayern wird zur Festung ausgebaut

Grenzschutz | Gewerkschaften streiten über die neue Einheit im Freistaat, die künftig auch den Job der Bundespolizei machen soll

■ Von Matthias Schiermeyer

München. Kaum im Amt, schon hat der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) – wenig überraschend allerdings – seinen Wahlkampfthema gefunden: die Kombination von innerer Sicherheit und Zuwanderung.

Im Kern will der Franke mit dem Aufbau einer am Ende tausendköpfigen bayerischen Grenzpolizei punkten – um »illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und grenzüberschreitende Kriminelle noch besser zu bekämpfen«. Zum 1. Juli schon soll es losgehen. »Deutschlandweit einmalig« werde die Stärkung der Polizei im Freistaat sein, verspricht er. Nach dem Kabinettsbeschluss muss Söder zwar noch mit dem Bundesinnenminister reden, weil der Grenzschutz im Prinzip Sache der Bundespolizei ist. Doch dieses Zwiegespräch mit seinem Vorgänger Horst Seeho-

fer (CSU) darf man getrost als Formsache ansehen.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) – ein Teil des Deutschen Gewerkschaftsbundes – sieht den Vorstoß eher als »wahltaktisches Manöver« vor der Landtagswahl im Oktober und lehnt ihn rundweg ab: »Die Kollegen von der Bundespolizei sehen darin eine Geringschätzung ihrer Arbeit«, betont GdP-Vize Jörg Radek. »Außerdem schafft das zusätzliche Verwaltungsstrukturen.«

Ernst G. Walter wiederum ist Bundesvorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft in der DPolG und damit aus dem Lager des konservativeren Beamtenbundes. Er unterstützt das CSU-Vorhaben: »Man sollte nicht so auf dem Begriff Grenzpolizei herumreiten«, sagt er. Der sei dem Wahlkampf geschuldet. »Es geht um die gemeinsame Verhinderung der illegalen Einreise, da ist uns jedes Mittel recht.«

Schon bisher sind 500 Beamte der bayerischen Lan-

despolizei zur Schleierfahndung und zur Verhinderung unkontrollierter Einwanderung im Hinterland eingesetzt. Diese sollen künftig der neuen Direktion unterstellt werden. Weitere 500 Kräfte kämen nach entsprechender Ausbildung hinzu.

Es bringe nichts, meint Walter, wenn die Bundespolizei

»Es geht um das gemeinsame Ziel, nicht um Eitelkeiten.«

Ernst G. Walter, Chef der Bundespolizeigewerkschaft

an drei großen Grenzübergängen ihre Kontrollen vornehme und die Migranten an anderen Stellen nach Deutschland kämen. Daher »unterstützen uns die Bayern mit ihren Fahndungseinheiten schon jetzt«. Die Bundespolizei sei insgesamt in einer sehr prekären Personalsituation – abgesehen von Bayern, weil viele

Leute aus dem Bundesgebiet dahin abgeordnet seien. Deshalb sei jede Hilfe willkommen. In Nordrhein-Westfalen mache die Landespolizei auch schon ihre eigenen Grenzkontrollen im Hinterland, selbst wenn die von den Regierungsparteien im Wahlkampf versprochene Schleierfahndung rechtlich noch nicht durchgesetzt sei.

»Da gibt es keine Kompetenzüberschneidung, sondern ein gemeinsames Tätigwerden«, betont Walter. Wenn die Landespolizei hinter den Grenzen illegal eingewanderte Migranten festhalte, gebe sie die zur Weiterbearbeitung auch an die Bundespolizei ab. Er sei sogar ein »großer Freund« gemeinsamer Streifen. Deswegen könne er den Aufschrei nicht verstehen. »Es geht um das gemeinsame Ziel, nicht um Eitelkeiten«, sagt der Bundesvorsitzende an die Adresse der Konkurrenz.

Dennoch könnte man die CSU-Initiative durchaus als

Misstrauensakt gegenüber der Bundespolizei begreifen – nach der Devise: Für eine effektive Abschottung sind unsere Leute besser geeignet. Und als Vorstufe zu einer gut gesicherten freistaatlichen Festung. Denn um die eigenen Truppen bei Laune zu halten, wird die bayerische

Polizei mit zusätzlichen Stellen bedacht. Das zeigt: Um die AfD im Landtagswahlkampf kleinzuhalten, scheinen Personalkosten für die CSU keine Rolle mehr zu spielen – obwohl wegen der geschlossenen Grenzen in Osteuropa immer weniger Flüchtlinge nach Deutschland gelangen.



Eine Polizistin winkt der Autobahn A8 von Salzburg nach München ein Fahrzeug in die Grenzkontrollstelle. Foto: Balk